Ä11

Antrag

Initiator*innen: Sandra Schumacher

Titel: **Ä11 zu A2: Gesamtentwurf Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025**

Antragstext

Von Zeile 1795 bis 1796 einfügen:

erhöhte Einsehbarkeit attraktiver und sicherer gestaltet werden. Bei der Stadtplanung müssen kriminalpräventive Aspekte von Anfang an mitgedacht werden.

Verzicht auf Strafverfolgung bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein: Wir möchten die Ruhrbahn anwiesen, zukünftig auf Strafverfolgungen bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein zu verzichten. Dabei bleibt die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes bei Fahren ohne gültigen Fahrschein von dieser Regelung unberührt.

Begründung

Die Strafverfolgung wegen Beförderungserschleichung trifft sozial benachteiligte, wohnungslose und kranke Menschen unverhältnismäßig hart. Eine Kriminalisierung dieser Personengruppe ist nicht zielführend und widerspricht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Durch den Verzicht auf Strafanzeigen und Strafanträge wird die Justiz entlastet. Dies führt zu einer effizienteren Nutzung der Ressourcen im Justizsystem. Durch die Beibehaltung des erhöhten Beförderungsentgelts bleibt ein angemessenes Instrument zur Ahndung von Verstößen erhalten, ohne dass eine strafrechtliche Verfolgung notwendig ist.